

Wir haben als Epistellesung einen Text gehört, der Ihnen vielleicht vertraut ist: die Geschichte von Paulus auf dem Areopag. Ein Kapitel aus dem Abenteuer der Verbreitung der Christusbotschaft durch Paulus, eine der spannendsten Geschichten aus der Apostelgeschichte.

Paulus kommt nach Athen, eine „Stadt voll von Götzenbildern“. Er redet in der Synagoge, auf dem Markt, weckt Neugier, wird auf den Areopag eingeladen, versucht zu überzeugen – die Heiden, die epikurischen und stoischen Philosophen – versucht sie zu überzeugen von und mit seiner Christus-Botschaft – indem er vom Gott der Bibel in der Sprache und Denkwelt der Griechen spricht!

Aber von einem sonderlichen Erfolg wird in dem Text nicht berichtet: Die einen spotteten, die anderen wiegelten ab – ein andermal ...

Eine Erfolgsgeschichte wird also nicht erzählt!

Vielleicht können wir heute – wo wir in einer pluralistischen, multireligiösen, multiweltanschaulichen Gesellschaft leben, in der das Christentum und seine Vorstellungs- und Denkwelt nicht mehr selbstverständlich sind – besser nachvollziehen, welche Zumutung die Rede des Paulus auf dem Areopag für seine Zuhörer darstellt, welche Zumutung der Glaube an den gekreuzigten und auferstandenen Christus darstellt! Im 1. Korinther-Brief des Paulus schon heißt es: „Die Juden fordern Zeichen, die Griechen suchen Weisheit. Wir dagegen

verkündigen Christus als den Gekreuzigten: für Juden ein empörendes Ärgernis, für Heiden eine Torheit, für die Berufenen aber, Juden wie Griechen, ist Christus Gottes Kraft und Gottes Weisheit.“ (1. Kor 1, 22-24)

Trotz Ärgernis und Torheit aber hat Paulus genau dies getan: Jesus als Christus verkündigt. Davon handelt dieser Text und die Apostelgeschichte insgesamt.

Und wir Christen heute? Wie verkündigen wir die Christus-Botschaft? Wie reden und geben wir Zeugnis? Trauen wir uns (noch) auf den Markt der Meinungen, auf den Areopag der intellektuellen Auseinandersetzungen? Dass das riskant sein kann, dass Zustimmung und Erfolg nicht sicher sind, zeigt unser Text aus der Apostelgeschichte.

Als Politiker habe ich auch erfahren: Wer sich ins kommunikative Getümmel der Gegenwart begibt, kommt selten ohne Blessuren heraus. Darf daraus folgern, dass Christen sich drücken, sich einschüchtern lassen? Dass Christen die gesellschaftliche Öffentlichkeit meiden, sich aus ihr drängen lassen?

Etwa mit dem Argument, dass unsere Gesellschaft schließlich säkular sei, Religion also nicht in die Öffentlichkeit, nicht in die politische Sphäre gehöre und Religion Privatsache sei.

Beide Behauptungen sind in Ihrer Einfachheit falsch, zumindest höchst einseitig.

Gegen das verbreitete, von den Medien ständig reproduzierte Vorurteil, dass wir in einem säkularen Land, in einer säkularen Gesellschaft lebten, sei daran erinnert, dass – nach allen Untersuchungen – in Deutschland jeweils 30 % Protestanten und Katholiken leben, 5 – 10 % Anhänger anderer Religionsgemeinschaften, 30 % Konfessionslose. Solche Zahlen sind im Konkreten sicher sehr interpretationsbedürftig, aber sie besagen doch: Wir leben nicht in einer säkularen, sondern in einer (weltanschaulich-religiös) pluralen Gesellschaft, so wie Religion und Glaube selbst pluraler und individualistischer gelebt und verstanden werden. Sie sind weniger traditionsgesichert, weniger selbstverständlich, sind bunter gemischt und fragiler geworden. Ja, aber das gilt doch auch für Religionslosigkeit, für Atheismus und Agnostizismus. Wir erleben eine Vielfalt von Religions- und Weltanschauungs-Angeboten und -Prägungen, von Vermischungen. Sie sind stärkerer individueller Auswahl unterworfen, haben geringere Verbindlichkeit.

Heißt das, dass Religion ausschließlich Privatsache geworden ist? Ja und nein. Ja insofern Religion Sache der persönlichen, der freien Entscheidung des Einzelnen ist, in der Staat und Politik nichts zu suchen haben.

Nein, weil Christen – Juden und Muslime übrigens auch – der Überzeugung sind, dass es keinen bloß geglaubten Glauben geben kann. Das Evangelium ist Aufruf zur Nachfolge, ist Einweisung in gutes, sinnvolles Leben, das ja immer nur gemeinschaftlich gelebt werden kann. Der gelebte christliche Glaube ist deshalb notwendigerweise auch gesellschaftliche Praxis, hat öffentlichen Anspruch, ist also im vernünftigen und weiten Sinn des Wortes auch politisch.

Und auch der Staat der Bundesrepublik Deutschland, der Staat des Grundgesetzes verdrängt Religion nicht aus der Öffentlichkeit. Er ist nämlich kein säkularistischer Staat, der einen säkularen Humanismus favorisiert.

Der Staat des Grundgesetzes ist vielmehr selbst weltanschaulich neutral, er verfißt selbst keine Weltanschauung, favorisiert keine bestimmte Religion oder Weltanschauung. So ermöglicht er die Religionsfreiheit seiner Bürger – eben mit dem Verzicht auf die „cura religionis“ („Wessen das Land, dessen die Religion“ – das war die Pazifizierungsformel der Konfessionskämpfe). Mit diesem Verzicht gibt der säkulare Staat ausdrücklich Raum für die Überzeugungen seiner Bürger, die die Zivilgesellschaft prägen und so den Staat tragen.

Der Staat des Grundgesetzes sorgt für Fairness, indem er die Religions- und Weltanschauungsfreiheit für alle garantiert – in dem Rahmen, den die Verfassung vorgibt.

Diese Freiheit ist zugleich die Aufforderung an die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und ihre Mitglieder aus dem Raum des Innerlichen, des bloß Privaten herauszutreten und den Gemeinsinn mitzuformen, an der Gesellschaft mitzubauen, also öffentlich zu wirken. Weil der Staat des Grundgesetzes nicht alles selbst erledigen kann und will, lädt er dazu ein, dass die Bürger aus ihren starken Überzeugungen heraus und nach gemeinsamen Regeln subsidiär zusammenwirken, um über religiöse und kulturelle Unterschiede hinweg gemeinsam das soziale, kulturelle und politische Leben zu gestalten.

Ohne Toleranz ist solche Gemeinsamkeit gewiss nicht zu erreichen. Und erst in einer Gesellschaft der Differenz, einer Gemeinschaft von

Menschen verschiedener Überzeugung erweist sich Toleranz als eine notwendige und zugleich anstrengende Tugend. Sie ist anstrengend, weil sie – entgegen einer verbreiteten Stimmung – nicht *laissez faire*, Gleichgültigkeit, Beliebigkeit meint, auch nicht die Verständigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. Bei der Toleranz geht es vielmehr um die schwierige Verbindung von eigenem Wahrheitsanspruch mit der Anerkennung des Wahrheitsanspruchs des Anderen. Nicht gnädige Duldung, sondern Respekt ist die der Toleranz angemessene Haltung. So erst wird sie zu einer absolut unersetzlichen Tugend des friedlichen Streits, also eines demokratisch gelebten Pluralismus!

Wir Christen sind Teil dieses Pluralismus – wir stehen nicht über ihm, haben keinen Ort außerhalb. Wir sind nicht neutral, sind nicht darüber stehende Richter. Wir sind vielmehr aufgefordert, uns am Streit zu beteiligen, uns einzumischen, weil uns aufgetragen ist, Zeugnis zu geben. So wie Paulus auf den Markt ging und auf den Areopag, zu den anderen, um zu streiten, um Rede und Antwort zu stehen.

Wir haben uns zu beteiligen am Gespräch der Gesellschaft über sich, über die Fragen unseres Zusammenlebens, um Herkunft und Zukunft, über das Bedrängende und das Mögliche, über Sinn und Zwecke, über das Eigene und das Fremde, über Krieg und Frieden, über Grundlagen und Orientierung menschlichen Lebens und menschlicher Gemeinschaft. Und wir sollten das nicht überheblich tun, nicht von oben her, nicht vom höchsten moralischen Ross herab, nicht im Gestus des alleinigen Wahrheitsbesitzes. Wir sollten nicht triumphalistisch argumentieren, sondern als Gleiche, aber auch als Gleichberechtigte – nur und eben in der Überzeugung, dass wir etwas zu sagen und zu bezeugen haben.

Wenn wir Christen uns am pluralistischen Gespräch der Gesellschaft beteiligen, tun wir das in dem Bewusstsein, dass die Kirche kein Selbstzweck ist, sondern einem Auftrag zu dienen hat. Paulus verkündet auf dem Areopag nicht die Kirche, sondern das Evangelium von Jesus (heißt es in Vers 18 ausdrücklich).

Also machen wir's wie Paulus: Er sprach vom Gott der Bibel in der Sprache der Griechen, verkündete ihn als Gott der Philosophen. Das Kapitel der Apostelgeschichte erzählt auch und gerade die Geschichte einer großen Übersetzungs-Anstrengung, die Paulus unternimmt.

Was könnte das heute heißen, welche Art von Übersetzung, von Übersetzungen wird von uns verlangt?

Wie lässt sich heute über zentrale Begriffe und Inhalte des Glaubens, der Theologie sprechen, also über Gott und den Menschen, über Sünde und Vergebung, über Barmherzigkeit und Gnade, über Inhalt und Sinn der Sakramente, über Tod und Auferstehung, über das Geheimnis und die Paradoxien des Glaubens selbst? Wie lassen sich deren Bedeutung für uns Christen heute und für unsere nichtchristlichen, nichtreligiösen Nachbarn ausdrücken? Wie lässt sich Fremdheit und Unverständnis überwinden, ohne flach und substanzlos zu werden?

Das ist die große Herausforderung. Sich ihr zu stellen, das müsste und sollte heißen:

Die vertraute, tradierte, fromme, innerkirchliche Sprache mit ihren großen, wunderbaren Formen und Formeln und Riten, aber auch ihren

verbrauchten, klischierten Floskeln und Ritualen aufzufrischen und sie zu übersetzen

- ins Zeitgenössische, in die Sprache der Gegenwart, sie gewissermaßen für Religiös-Nicht-Musikalische neu vertonen;

- und dabei sollten wir Experimente zulassen und den ängstlich auf sprachliche und kultische Orthodoxie achtenden Beckmessern nicht das Feld überlassen;

- und wir sollten den Poeten von heute zuhören und ebenso das Gespräch mit der modernen Wissenschaft suchen.

- Vor allem sollten wir die wirklichen Lebensprobleme der Menschen an- und aussprechen. Mit einer Metapher von Papst Franziskus gesprochen: Die Hirten sollen den Geruch ihrer Herde haben.

Die notwendige Übersetzungsarbeit wird nicht gelingen im Für-sich-Sein der Christen, in der Enklave des innerkirchlichen Raumes, sondern nur in Verständigungsprozessen, im Dialog, im Austausch zwischen den Christen, zwischen den Kirchen und zwischen ihnen und den Anderen: den anderen Religionen, der Wissenschaft, der Kultur, der Politik ...

Die Kirchen, d. h. die Christen, müssen sich am öffentlichen Vernunftgebrauch beteiligen, also an gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und an demokratischen Entscheidungsprozessen.

Das aber verlangt, dass Christen als Bürger nicht „nur in der Innenperspektive ihrer Glaubensüberzeugungen verbleiben, sie müssen den eigenen Glauben vielmehr auch aus der Außenperspektive, also aus der Perspektive der Nichtglaubenden reflektieren“ (Markus Knapp).

Erst dann gelingt etwas in der modernen, pluralistischen Gesellschaft Unabdingbares, nämlich „religiöse Überzeugungen in nichtreligiöse Sprach- und Denkgemeinschaften hinein zu übersetzen und sie durch Gründe zu untermauern“. Diese Art von Übersetzung ist deshalb so notwendig, weil ohne sie keine Aussicht besteht, den Gehalt religiöser Stimmen und Überzeugungen in den gesellschaftlichen Verständigungs- und politischen Entscheidungsprozess erfolgreich zur Geltung zu bringen.

Denn: Nicht schon das religiöse Motiv, die fromme Begründung, die Herleitung aus der Bibel, aus dem Glauben reicht aus, sondern erst der daraus gewonnene und übersetzte vernünftige Gehalt einer Argumentation, eines Beitrages zur Debatte zählt und geht in die Entscheidung ein und kann so mehrheitsfähig werden.

Das ist jedenfalls meine Erfahrung als Christ in der Politik, als Bundestagsabgeordneter.

Das Parlament ist als Ort des Meinungsstreits und der Entscheidung – das ist der Unterschied zur Talk-Show – idealerweise ein Ort des öffentlichen Vernunftgebrauchs. Ein religiöses Argument ist nicht schon deshalb richtig und zustimmungsfähig, weil es religiös ist, weil es aus dem Glauben abgeleitet ist. Der Gehalt eines religiösen Arguments muss

vielmehr übersetzt werden in eine allgemein zugängliche Sprache, also in die Sprache der Vernunft und muss in dieser gerechtfertigt werden. Das heißt, ich muss das, was mir aus christlichem Glauben richtig, sachgemäß, überzeugend erscheint, übersetzen in eine intersubjektiv anschließbare Argumentation, die andere, z. B. Nichtchristen, Anderschristen überzeugt, damit sie mehrheitsfähig wird!

Es gibt viele Themen und Entscheidungen, bei denen Christen in besonderer Weise herausgefordert sind, aus ihrer Überzeugung heraus Position zu beziehen, sich an der öffentlichen Debatte zu beteiligen, aus ihrem Glauben begründete Stellungnahmen abzugeben. Das ist vor allem bei Grundfragen unseres Zusammenlebens der Fall.

Das gilt für Fragen der Gestaltung, der Gefährdung oder Sicherung des äußeren und inneren Friedens: Die Kirchen, die Christen haben störrische Prediger von Friedensethik, also der Friedensbotschaft des Evangeliums zu sein! Sie müssen Akteure des inneren Friedens sein; sie wehren gegen alle Formen von Rassismus, Antisemitismus, Menschenfeindlichkeit; sie sollten Schutzmacht für Flüchtlinge, für soziale und ethnische Minderheiten sein; sie sollten die Kultur der Toleranz, des Respekts, der Anerkennung pflegen.

Das gilt für die Fragen unserer sozialen Welt. Die Option für die Armen, zu der uns das Evangelium verpflichtet, sollte die Kirchen, die Christen zu offensiven Verteidigern des Sozialstaates machen. Denn der Sozialstaat ist:

- organisierte Solidarität zwischen Reichen und Armen, den Jungen und Alten, den Gesunden und Kranken, den Arbeithabenden und Arbeitslosen;

- seine eigentliche Leistung besteht darin, den Armen, Bedürftigen als Subjekt von Rechtsansprüchen zu behandeln, weil er Bürger, weil er Mensch mit Würde, weil er Kind Gotte ist;

- lebt von der mehrheitlichen Zustimmung der beitrags- und steuerzahlenden Bürger, also von der Solidaritätsbereitschaft der vielen. Aber Solidarität ist eine knappe Ressource – wer sorgt für deren Nachwachsen? Da sollten die Kirchen, die Christen am Werke sein!

Die Pflicht zu aus dem Glauben begründeten und überzeugend argumentierten Stellungnahmen gilt insbesondere für alle Fragen der Menschenwürde, der Integrität der Person, der Integrität des menschlichen Lebens.

- also bei bio- und medizinethischen Fragen,

- bei Fragen der Forschungsfreiheit und -verantwortung,

- bei Fragen zum Anfang und Ende des Lebens
(PID, Beschneidung, Patientenverfügung/Sterbehilfe),

- auch bei Fragen des Zusammenlebens der Geschlechter und Generationen,
(Begriff und Praxis von Familie; Generationensolidarität)

- bei Fragen von Bildung und Erziehung.

Ich breche hier ab mit der Aufzählung der Themen und Fragen, denen Christen sich stellen müssen in der gesellschaftlichen Debatte und politischen Auseinandersetzung.

Man muss dabei wissen: Wer sich auf den Markt begibt, wie es Paulus getan hat, der bestimmt nicht selbst die Themen und Fragen. Sie werden ihm von anderen gestellt. Wir Christen bestimmen, zumal in einer pluralistischen Gesellschaft, nicht, jedenfalls nicht allein, die Tagesordnung. Wir haben uns auf sie einzulassen, haben uns in der Sprache und Vorstellungswelt der Gesellschaft, also der Anderen verständlich zu machen und unsere Sache zu bezeugen. Erfolg dabei ist nicht garantiert, wie das Paulus-Beispiel zeigt. Trotzdem ist Rückzug ins Innerliche und Private, ist Selbstbeschränkung auf die kleine Herde, ist heimeliges Unter-uns-Bleiben nicht erlaubt, wäre jedenfalls das Gegenteil dessen, was Paulus tut. Trotzig verkündet er das Evangelium. Und das ist der Auftrag an uns Christen heute!